



Junge Liberale Weinheim - Schriesheim

Positionspapier Abschaffung des § 428 SGB III

[25. Juli 2003]

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Produktion des VW - Käfers wurde vor zwei Wochen im mexikanischen Pueblo eingestellt. Das Auto galt und gilt immer noch für viele als Symbol des deutschen Wirtschaftswunders. Der mittlerweile in die Jahre gekommene Wagen hat trotz des Alters nichts von seinem Glanz eingebüßt.

Ganz anders, glaubt man den Stimmungsmachern in den Reihen von Rot/Grün, sieht es da schon bei denen aus, die mit diesem Auto aufgewachsen sind. Der Bevölkerungsgruppe der älteren Arbeitnehmer. Sie haben ebenfalls am deutschen Wirtschaftswunder mitgewirkt, mit ihrem Fleiß und mit ihrem eigenverantwortlichen Arbeitseinsatz. Heutige Generationen profitieren noch immer von den enormen Leistungen dieser Generation

Heute, so scheint es jedenfalls, ist für diese Menschen kein Platz mehr in unserer modernen

Arbeitswelt. In den Unternehmen kursiere der „Jugendwahn“ und für Ältere gäbe es einfach keinen Platz und keine Aufgabe heißt es.

Zugegeben, das mag bei einigen Unternehmen tatsächlich der Fall sein. Erschwerend hinzu kommen jedoch Fehlanreize der Politik, die gezielt darauf angelegt sind, ältere Menschen aus der Arbeitswelt hinaus zu katapultieren.

Einer dieser durch Gesetz institutionalisierten Fehlanreize ist der § 428 SGB III. Dieser ist maßgeblich an der Misere der geringen Erwerbsquote in den Reihen der älteren Bevölkerungsschicht mitverantwortlich.

Wer diesen Paragraphen für sich in Anspruch nimmt, ist nicht mehr verpflichtet sich eine Arbeitsstelle zu suchen. Also, eine Art öffentlich subventionierter Vorruhestand.

Was bedeutet das? Wer 58 Jahre oder älter ist, der kann unter den erleichterten Voraussetzungen des § 428 SGB III Arbeitslosengeld oder Arbeitslosenhilfe beantragen. Zudem darf der/die Betreffende sich, nach vorheriger Absprache mit seinem Arbeitsamt bis zu 17 Wochen außerhalb seines Wohnsitzes aufhalten. Ein ordentlicher Urlaub ist also schon drin.

Konkret muss der Versicherte nur dem Arbeitsamt erklären, dass er nicht mehr jede zumutbare Beschäftigung annehmen will. Damit steht er dem Arbeitsmarkt

nicht mehr uneingeschränkt zur Verfügung. Das Arbeitsamt nimmt entsprechend keinerlei Vermittlungsbemühungen mehr vor.

Die Versicherungspflicht in der gesetzlichen Rentenversicherung liegt jedoch weiterhin vor. Hier zahlt das Arbeitsamt die Rentenbeiträge weiter. Die Kosten übernimmt der Steuerzahler.

Einzige Verpflichtung ist die vorzeitige Inanspruchnahme der Altersrente, also zum frühestmöglichen Zeitpunkt. Rentenabschläge gibt es keine.

Natürlich führt der Anstieg der Leistungsbezieher in der Konsequenz zu einer gesteigerten Frühverrentungswelle, welche die Beitragssätze der gesetzlichen Rentenversicherung ebenfalls weiter steigen lassen. Anstatt einer Abschaffung dieses Paragraphen hat sich Rot/Grün dazu entschlossen den gestiegen Finanzbedarf für die gesetzliche Rentenversicherung an den Tankstellen einzutreiben.

Den Arbeitsämtern selbst ist an dieser Stelle kein Vorwurf zu machen. Sie setzen nur das um, was politisch gewollt ist. So empfiehlt die Bundesanstalt für Arbeit den Arbeitsämtern sogar, Verantwortliche zu benennen, die den § 428 SGB III umsetzen und überwachen. So werden sogar mehrtägige Kurse, Seminare und Gruppeninformationsgespräche für über 58 jährige abgehalten. Einziger Zweck ist, eine Unterschrift der Betroffenen zu bewirken.

Politik paradox. Man sollte denken, Arbeitslosengeld wird nur an diejenigen gezahlt, die auch tatsächlich dem Arbeitsmarkt zu Verfügung stehen.

Die Regelung gilt noch bis zum Jahr 2006. Ein Antrag der FDP, zur sofortigen Streichung des Paragraphen, aus dem Jahre 2001 wurde abgelehnt.

Arbeits- und Wirtschaftsminister Clement (SPD) bezeichnet die Regelung gar als vernünftig. Damit gibt er alle über 58 jährigen Arbeitslosen für den Arbeitsmarkt verloren. Das die sofortige Streichung des Paragraphen auch von der Hartz-Kommission gefordert wurde scheint die SPD nicht zu interessieren. Ein schönes Beispiel wie sich Sozialdemokraten eine 1:1 -Umsetzung vorstellen. Am Ende bleiben dann eben doch nur noch die Umbenennung der Arbeitsämter in Jobcenter und die Ich-AG.

Grund für die Verschiebung der Umsetzung auf das Jahr 2006 dürfte der nächste Bundestagswahltermin sein. Wer nämlich den § 428 SGB III in Anspruch nimmt fällt aus der offiziellen Arbeitslosenstatistik der Bundesanstalt für Arbeit heraus. Die Statistik wird also schön gerechnet, damit es Kanzler Schröder doch noch schafft, die „Arbeitslosigkeit nachhaltig zu senken“.

Mit derart unseriösen Taschenspielertricks versucht die Bundesregierung das Wahlvolk zu täuschen. Welcher Bundesbürger

weiß schon, wie die amtliche Arbeitslosenstatistik berechnet wird.

Ein solch höchst unmoralisches Verfahren kann von uns Jungen Liberalen natürlich nur abgelehnt werden. Den Bürgern darf die Wahrheit nicht verschwiegen werden.

Unterdessen war im Februar 2003 eine Rekordhöhe von 324.000 Leistungsbeziehern nach § 428 SGB III zu verzeichnen. Gegenüber 2001 hat sich die Zahl damit beinahe verdoppelt.

Rechnet man diese Arbeitslosen zu der offiziellen Arbeitslosenzahl hinzu, wird schnell klar, dass die fünf Millionen Arbeitslosengrenze längst überschritten ist.

Der volkswirtschaftliche Schaden ist darüber hinaus gewaltig. Kompetenzabbau wird hier quasi subventioniert.

Der demographische Wandel unserer Gesellschaft ist nicht ohne Einbeziehung der älteren Generation vollziehbar. Die Kompetenz und das auf jahrelangen Erfahrungen basierte Wissen, das in den Köpfen derer zu Hause ist, die Deutschland schon einmal wirtschaftlich an die Weltspitze gebracht haben, darf nicht verloren gegeben werden.

Daher appellieren wir Jungen Liberalen an die ältere Generation, diesen Paragraphen nicht in Anspruch zu nehmen. Auch wenn dies ein individuell rationales Verhalten wäre.

Wenn wir den frischen Wind von uns Jüngeren mit den Erfahrungen der Älteren kombinieren schaffen wir in Deutschland die Wende.

Der VW - Käfer kommt nicht wieder. Aber mit einer generationsgerechten ehrlichen Politik schaffen wir es wieder an die Weltspitze.

Ein Anfang ist die entgeltige und sofortige Abschaffung des 428 SGB III.

Unterstützen Sie uns!

Ihre/ Eure Jungen Liberalen

Als Jugendorganisation der FDP versuchen die Jungen Liberalen Weinheim - Schriesheim, ständig neue und interessante politische Themengebiete aufzugreifen. Hier versuchen wir Julis Lösungen zu entwickeln und aufzuzeigen, von denen wir überzeugt sind, dass sie den Wohlstand aller Bürger maximieren. Anhand von Themen- und Positionspapieren, wie das Ihnen hier vorliegende, wollen wir diese Themen dann auch mit der interessierten Bürgerschaft kommunizieren. Leider können wir aufgrund unseres begrenzten Budgets nicht jeden Haushalt in Weinheim, Hirschberg und Schriesheim ständig mit Informationsmaterial versorgen. Um diesen Mangel zu beheben, greifen wir Julis nicht auf die sozialdemokratische Manier des „Schulden machens“ zurück, sondern wir bieten allen Interessierten an, sich in unseren Online - Newsletter unter www.julis-weinheim.de oder www.julis-schriesheim.de einzutragen. Auf diese Weise werden Sie ständig über die aktuellen Projekte des Ortsverbandes Weinheim - Schriesheim auf dem laufenden gehalten. Also, nutzen Sie die Gelegenheit! Wir freuen uns mit Ihnen/ Euch zu sprechen. Ihre/ Eure Julis